

Die Zwölf vor der Euro-Wahl - ein Meinungsbild

England und Deutschland vereint gegen Europa?

Sechs von zehn Briten und Deutschen wünschen weniger Integration / Fast alle Bürger der EU streben zur Wahlurne

Von Josef Joffe

Wen interessiert Europa? Die Deutschen sind seit der Wiedervereinigung skeptisch geworden, die Briten sind es seit eh und je. Die Dänen haben einmal 'nein' zum Maastrichter Vertrag gesagt; in Frankreich ist er in der Volksabstimmung nur knapp durchgerutscht. Doch Europa-Fans haben knapp zwei Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament in Straßburg wenigstens einen Trost: Die Wahlbeteiligung wird ausgesprochen hoch sein. Sieben von zehn Wahlberechtigten werden 'ganz bestimmt' an die Urne gehen; weitere 15 Prozent sagen 'sehr' oder 'ziemlich wahrscheinlich' (siehe Tabelle 1).

Nur fünf Prozent wollen überhaupt nicht wählen; selbst in England liegt die Zahl der absoluten Nichtwähler nur bei sechs Prozent. Was motiviert die radikalen Wahlverweigerer? Ein knappes Viertel von ihnen gibt europaweit zu Protokoll: weil 'die Wahl unbedeutend ist' oder 'meine Stimme nicht zählt'. Fast jeder fünfte von den Wahlverdrossenen weiß allerdings nicht, worum es geht.

Grundsätzlich, sollte man annehmen, geht es um die Zukunft der europäischen Integration: weiter auf dem Weg von Maastricht, langsamer oder gar zurück? Hier zeigt sich ein hoher Sockel von Euroskeptizismus. In allen zwölf Ländern der EU geben immerhin 40 Prozent der Befragten zu, daß sie eher 'weniger' Integration wünschen. Die Hälfte will 'mehr', doch tun sich unter den einzelnen Mitgliedstaaten zum Teil unerwartete Differenzen auf. Nicht überraschend sind die britischen Zahlen: Dort optieren über 60 Prozent für 'weniger Integration'.

Freilich sind gerade die einst so integrationsfreudigen Deutschen zu 'Briten' geworden: Auch hier wünschen sich sechs von zehn Befragten 'weniger' Gemeinschaftlichkeit, derweil die Integrationsfreudigen auf etwa ein Drittel zurückgefallen sind. Germanen und Angelsachsen im selben Boot - das ist die größte Überraschung der Umfrage, welche die Süddeutsche Zeitung zusammen mit sechs europäischen Partnerzeitungen in der zweiten Maihälfte veranstaltet hat (Graphik 5).

Spitzenreiter bei den Europhilen sind nach wie vor die Italiener, dicht gefolgt von Spaniern und Holländern. Selbst die 'gaullisti-

schen' Franzosen übertreffen die Deutschen deutlich in ihrer Integrationsfreudigkeit.

Eine andere Art, die Gemeinschaftslust zu messen, offerieren die Fragen über die Kompetenzen des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission. Haben diese übernationalen Institutionen zuviel oder zuwenig Macht? Wer 'zuwenig' sagt, so läßt sich folgern, wünscht sich mehr Eurostaatlichkeit. Dabei kommt das Europäische Parlament geringfügig schlechter weg als die Gemeinschaft als solche. Denn genau die Hälfte aller Euro-Wähler will 'mehr Integration', aber nur 46 Prozent meinen, daß das Euro-Parlament zu wenige Kompetenzen habe (Graphik 4). Hat es zuviel Macht? Das meinen, was voraussagbar war, die Briten (58 Prozent), aber auch die Iren (43 Prozent) und die Griechen (37 Prozent). Mit ähnlichen Prozentzahlen bescheinigen diese Länder auch der EU-Kommission zuviel Macht.

Die EG-Kommission hat sich immer als Motor der Integration verstanden. Freilich kann sie aus der Umfrage nicht zuviel Kraft schöpfen. Denn das Europa-Publikum ist unentschieden: Etwa gleich stark (um die 30 Prozent) sind die Lager, die der Kommission zuwenig oder zuviel Macht zuschreiben.

Kurzum: Das Meinungsbild liefert nicht viel Munition für jene, die sich ein schnelleres Tempo auf dem Weg zu einem 'vertieften' Europa wünschen. Klarer wird das Bild, wo es um die Erweiterung geht - mit deutlichen Unterscheidungen zwischen verschiedenen Gruppen von Beitrittskandidaten. Grob gesprochen: 'Wer uns ähnelt, darf rein; wer aus einer anderen politischen und wirtschaftlichen Tradition kommt, da sind wir uns noch nicht so sicher.'

Fast vier Fünftel der Zwölfer-Gemeinschaft begrüßen die Aufnahme von Schweden, Norwegen, Finnland und der Schweiz, und nicht einmal zehn Prozent sind dagegen. Das ist ein deutliches 'Ja' zur Erweiterung (Graphik 2). Komplizierter wird das Bild bei den ostmitteleuropäischen Anwärtern Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien. Die will heute nur die Hälfte der Befragten in der EU haben, und ein Drittel ist dagegen. Die Deutschen liegen mit 60 Prozent Zustimmung über dem EU-Durchschnitt, aber deutlich hinter den Italienern, die sich als beste Freunde der Osteuropäer

entpuppt haben.

Wie steht es um eine gemeinsame Euro-Währung? Die Antwort lautet 'einerseits-andererseits'. Eine knappe Hälfte meint, daß es im Jahr 2000 mindestens einen Dreier-Geldverbund geben werde, und eine andere knappe Hälfte will daran nicht glauben. Nur die Briten heben sich wieder ab: Zwei Drittel glauben - oder genauer: fürchten -, daß sie in ein paar Jahren mit einer Euro-Währung konfrontiert sein könnten.

Auf sehr indirekte Weise versuchte die Umfrage das politische Grundklima in Europa zu messen - mit der Frage: 'Wer traut wem?' Hier wiederholt sich ein bekanntes Bild: Franzosen und Deutsche vertrauen einander am meisten. Und am meisten mißtrauen Franzosen und Deutsche den Engländern, gefolgt von den Italienern. Trotzdem tut sich eine Kluft in der deutsch-französischen Ehe auf. Fast so viele Franzosen (17 Prozent) mißtrauen den Deutschen, wie sie ihnen trauen (20 Prozent). Doch für die Deutschen sind die Franzosen kein Angstgegner: Verschwindend klein ist die Zahl derer, die dem Ex-'Erzfeind' mißtrauen.

Sind die Europäer bereit, mehr auf dem Balkan zu tun, als zu reden und zu räsonnieren? Die klare Antwort lautet: 'Nein'. Nicht einmal ein Fünftel der Befragten tritt für Bombardements ein; gerade 16 Prozent sind für den Kampfeinsatz von Bodentruppen (Graphik 6). Und das deutsche Bild entspricht präzise dem europäischen.

Fazit: Klare europäische Mehrheiten gibt es nur auf zwei Gebieten. Fast alle wollen an die Wahlurne gehen; an die 80 Prozent begrüßen die EU-Erweiterung um die Skandinavien und Neutralen. Die europäische Schicksalsfrage - weiter auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa? - bleibt offen: Genau die Hälfte sagt 'ja', 40 Prozent wollen einen 'lockeren' Verbund, und der Rest weiß nicht, was er will.

-----Befragt wurden insgesamt 6439 Bürger und Bürgerinnen aus den zwölf EU-Staaten in der zweiten Maihälfte. Die nationalen Stichproben lagen bei rund 500. Ausgeführt wurde die Umfrage von der Firma Harris. Auftraggeber: Süddeutsche Zeitung sowie sechs andere europäische Zeitungen.